

Kolumbien-aktuell

No. 479 13. Oktober 2008

1. Menschenrechte: Der Fall der Jugendlichen von Soacha – massives gewaltsames Verschwindenlassen mit dem Ziel der Ermordung **2. Chronologie: 15. – 30. September 2008**

Verfasser:

Observatorio de derechos humanos y derecho humanitario de la
Coordinación Colombia-Europa-Estados Unidos
Av. Carrera 22 No. 37-54, Park Way, Bogotá
Tel. 00571 288 71 87
e-mail: coeuropa@etb.net.co
Internet: www.ddhhcolombia.org.co

Übersetzung ins Deutsche und Versand in Europa:

Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien, Postfach 7004, CH-6000 Luzern 7 / Schweiz
e-mail: fachstelle.luzern@askonline.ch Internet: www.askonline.ch

1. Menschenrechte: Der Fall der Jugendlichen von Soacha – massives gewaltsames Verschwindenlassen mit dem Ziel der Ermordung

Das gewaltsame Verschwindenlassen von 11 Jugendlichen der Gemeinde Soacha und von Ciudad Bolívar, deren Leichen später als N.N. (no name – Unbekannte) in Gemeinschaftsgräbern in den Gemeinden Ocaña und Cimitarra im Dep. Nordsantander, 700 km nördlich vom Ort, an dem sie verschleppt worden waren, auftauchten, hat berechnete Ängste über die Existenz eines verbrecherischen Netzwerkes ausgelöst. Dieses Verbrechernetzwerk bringt – aus bisher unklaren Gründen – Jugendliche aus Armen- und Elendsvierteln verschiedener Städte des Landes zum Verschwinden und ermordet sie.

Durch die Ermittlung der Identität der Opfer sind die Erklärungen der Armee, nach denen es sich bei allen Jugendlichen um Gefallene bei Kämpfen mit der Armee handle, immer weniger glaubwürdig. Anfänglich verbreiteten die Behörden die Version, die ermordeten Jugendlichen seien von der FARC-Guerilla rekrutiert, gefoltert und ermordet worden, als ihr Fluchtversuch entdeckt worden sei¹. Aufgrund neuer Hinweise wurde diese Version geändert und das Verteidigungsministerium bekräftigte gegenüber den Medien: „Wir haben erfahren, dass die identifizierten Personen als Gefallene bei Gefechten mit der Armee registriert wurden.“²

„Es gibt eine Reihe von sehr komplizierten Fragen“, gab der Verteidigungsminister öffentlich zu, als bekannt wurde, dass die Jugendlichen weniger als 24 Stunden nach Bekanntwerden ihres Verschwindenlassens in Bogotá aufgefunden wurden. Zudem tauchten ihre Leichen an Orten auf, die

¹ http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-23/hallan-cuerpos-de-11-jovenes-desaparecidos-y-que-al-parecer-fueron-reclutados-por-grupos-ilegales_4546312-1

² <http://www.mindefensa.gov.co/index.php?page=181&id=7758&PHPSESSID=13a4f247c584fdcf580d22c4e418d9c6>

15 bis 16 Stunden Fahrzeit von Bogotá entfernt sind. Die Familienangehörigen mehrerer Jugendlicher erklärten, dass die Jugendlichen für Arbeit angeworben worden waren. Sie lehnten die Version der Behörden ab, sie seien von illegalen bewaffneten Organisationen rekrutiert worden. Die Version, die getöteten Jugendlichen seien von der FARC rekrutiert worden und ihr Verschwinden sei darin begründet, sollte ihren Tod vollumfänglich rechtfertigen. Präsident Uribe hat öffentlich diese Version unterstützt und meinte gegenüber den Medien: „Sie gingen nicht Kaffee pflücken, sondern hatten verbrecherische Ziele.“ Es scheint, dass allein schon verbrecherische Absichten oder die Rekrutierung durch illegale Organisationen reicht, um den Tod zu rechtfertigen.

Die kolumbianische Gesetzgebung kennt die Todesstrafe nicht. Es ist daher klar, dass die erwähnten Gründe niemals weder von der Regierung noch von der Armee angeführt werden können, um die Todesstrafe – selbst ohne richterlichen Prozess und durch die Armee selber verübt – zu rechtfertigen. In einem Rechtsstaat geht die Kompetenz der Armee nur soweit, dass sie Personen, welchen illegale Handlungen zur Last gelegt werden, verhaftet und der Justiz übergibt. Es ist Aufgabe der Justiz, im Rahmen eines fairen und transparenten Prozesses die Verantwortlichkeit der Angeklagten zu überprüfen und notfalls die im Gesetz vorgesehenen Strafen zu fällen. Das Gegenteil würde den Missbrauch von richterlichen Funktionen durch die Regierung legitimieren und käme totalitären Machenschaften gleich, wo man den Militärs die Kompetenz zur Vollstreckung von summarischen und aussergerichtlichen Strafen erteilt, inklusive die Todesstrafe als Sonderkompetenz der Armee.

Wenn der Verdacht auf verbrecherische Absichten oder von einer illegalen Organisation rekrutiert worden zu sein, nicht als Rechtfertigung zur Verhängung des Todesurteils ausreicht, dann ist klar, dass der Tod der Jugendlichen nur durch ihre Verwicklung in eine bewaffnete Konfrontation mit der Armee gerechtfertigt werden kann. Der Kommandant der 30. Armeebrigade, General Paulino Coronado, verneinte, dass die Jugendlichen, die tot in den beiden Orten aufgefunden wurden, ausserhalb von Gefechten getötet worden seien. „Wir stehen hier nicht vor ‚falschen Erfolgsmeldungen‘. Diese Personen starben bei Kämpfen mit der Armee“, meinte der General. Doch abgesehen von der unwahrscheinlichen Tatsache, dass ihr Tod praktisch unmittelbar nach ihrem Verschwinden erfolgt sein müsste, ist die Version eines Todes bei Gefechten unglaubwürdig, da das Verschwinden der Jugendlichen nicht kollektiv erfolgte. Die einzelnen Jugendlichen wurden getrennt voneinander und in verschiedenen Aktionen zum Verschwinden gebracht. „Ich kann es nicht verstehen. Innert weniger Stunden können sie keine bewaffnete Gruppe gebildet haben“, meinte Luz Bustamante, Mutter des 22-jährigen Andrés Palacios, einem der Ermordeten. Die Regierungssekretärin von Bogotá, Clara López Obregón, zweifelte die Glaubwürdigkeit der Version, die Jugendlichen seien bei Gefechten getötet worden an und meinte, es handle sich vielmehr um gewaltsames Verschwindenlassen mit dem Ziel der Ermordung. „Stellen Sie sich vor, drei der Jugendlichen verschwinden und tauchen am nächsten Tag in der Leichenschauhalle als bei Gefechten getötet auf. Vier der ermordeten Jugendlichen, tauchen zwei Tage nach ihrem Verschwinden auf. Also wurden mehr als die Hälfte der Jugendlichen in Bogotá verschleppt und nahmen spätestens zwei Tage danach bereits an Gefechten mit der Armee teil, bewaffnet, organisiert, und an verschiedenen Tagen“, meinte Clara López in einem Gespräch mit Radio Caracol. Und sie meinte weiter: „Es ist sehr eigenartig, dass die illegalen bewaffneten Gruppen die Jugendlichen zu Gefechten führen, ohne sie trainiert zu haben. Der Grund dafür könnte eine Rekrutierung mit dem Ziel der Ermordung sein.“³

Die Opfer als Mitglieder sogenannter „neuer krimineller Banden“ (Euphemismus, mit welcher die Armee die paramilitärischen Gruppen bezeichnet, die sich über das ganze Land ausbreiten) darzustellen, die bei Gefechten mit der Armee getötet wurden, ist noch unwahrscheinlicher. Denn die paramilitärischen Gruppen wurden von der Armee nicht bekämpft, als sie noch „Krieg führten“. Umso weniger werden sie jetzt bekämpft, wo die Regierung die Idee durchsetzen möchte, diese paramilitärischen Verbände hätten sich in einem erfolgreichen Demobilisierungsprozess aufgelöst. Unwahrscheinlich ist die Version eines Todes bei Gefechten auch deshalb, weil dafür eine Vielzahl von Gefechten notwendig gewesen wären, um die Unmittelbarkeit zwischen Verschwinden und dem Auftauchen der Leichen der Verschwundenen bei der Gerichtsmedizin zu erklären, die an verschiedenen Daten zum Verschwinden gebracht wurden.

³ <http://www.elespectador.com/noticias/judicial/articulo42806-podrian-ser-mas-de-100-los-casos-de-desaparecidos>

Anfänglich, am 23. September 2008, war von 11 Jugendlichen von Bogotá und Soacha als bei Gefechten Getötete die Rede. Doch später stellte man fest, dass es sich um 19 handelte. Noch später stieg die Zahl auf 23 Jugendliche, die seit Beginn dieses Jahres in ländlichen Gebieten des Dep. Nordsantander tot aufgefunden worden sind. Es wird befürchtet, dass die Zahl der Opfer noch steigt. Die Besorgnis ist umso grösser, da es sich um Gebiete handelt, in denen Militärbrigaden präsent sind, die im vergangenen Jahr in zahlreiche Fälle von aussergerichtlichen Hinrichtungen involviert waren.

Die anfänglichen Erklärungen des Verteidigungsministers, dass „es null Toleranz mit jedwelchem Vorgehen gebe, das die Menschenrechte nicht respektiert“ und sein Befehl an den Oberkommandierenden der Armee, General Mario Montoya, alle Armeeeinheiten des Landes zu besuchen und dabei klar zu stellen, dass der sogenannte „body count“ (wonach der Erfolg der Truppe an den feindlichen Verlusten gemessen wird) im Krieg des kolumbianischen Staates gegen die illegalen bewaffneten Gruppen nicht gelte, liessen die Hoffnung aufkommen, dass diese Verbrechen nicht in der Straflosigkeit enden würden. Doch als klar wurde, dass die Verbrechen keine Einzelfälle waren, sondern eine verbreitete und massive Praxis in verschiedenen Regionen des Landes, wurde die fehlende Entschlossenheit deutlich, diese Fälle restlos aufzuklären. Dies wiederum lässt die Angst aufkommen, dass nicht genug getan wird, um diesen Verbrechen ein Ende zu setzen. Der Druck, diese Verbrechen in der Straflosigkeit zu belassen, kommt nicht nur von den Militärs, die den Tod der Jugendlichen insistent mit deren Zugehörigkeit zu einer illegalen bewaffneten Organisation rechtfertigen, sondern auch vom Präsidenten selber, der die Verantwortlichen mit seiner öffentlichen Aussage vor der Presse freizusprechen suchte: „Alles scheint darauf hinzuweisen, dass die Jugendlichen im Kampf starben und keine ‚falschen Erfolgsmeldungen‘ sind.“⁴ Glücklicherweise hat der Generalstaatsanwalt der Nation die Schlussfolgerungen von Präsident Uribe in Frage gestellt und ihn gebeten, den Ermittlungen nicht vorzugreifen.

Am 9. September 2008, dem Nationalen Menschenrechtstag, hatte der Verteidigungsminister angekündigt, die Streitkräfte hätten sich in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte wesentlich gebessert. In Bezug auf die aussergerichtlichen Hinrichtungen wagte er gar die Präsentation von Zahlen, welche belegen sollten, dass diese Modalität schwerer Menschenrechtsverletzung drastisch zurück gegangen sei. Die Anklagen der Fälle von Ocaña und Cimitarra lösten jedoch eine lange Reihe von Anklagen ähnlicher Fälle von Jugendlichen und Personen aus Armenvierteln aus, die ebenfalls zum Verschwinden gebracht und dann anonym begraben worden waren, oft weit von dem Ort entfernt, an dem sie verschleppt worden waren.

Das Verschwindenlassen und der nachträgliche Tod der Jugendlichen von Soacha und dem Süden Bogotá hätte für immer im Dunkeln bleiben können, wenn nicht glückliche Zufälle erlaubt hätten, dass die Mutter eines Opfers den Ort fand, wo ihr Sohn begraben wurde. Alle Opfer wurden als N.N. in einem weit entfernten Ort begraben, um es unwahrscheinlich zu machen, dass die Familienangehörigen, auch aufgrund ihrer Armut und fehlenden finanziellen Mittel, diesen Ort finden können.

Was jetzt ans Licht kommt, ist jedoch noch schwerwiegender. Nebst den 23 Leichen, welche im Dep. Nordsantander aufgefunden wurden, wurde angeklagt, dass allein seit Beginn dieses Jahres mehr als 100 Jugendliche zum Verschwinden gebracht und von der Armee als im Gefecht gefallen ausgegeben worden sind. Dies sagte der Kongressabgeordnete Juan Manuel Hernández an einer Debatte im Parlament. Senator Gustavo Petro klagte an, dass in Engativá (im Nordwesten Bogotá) ebenfalls ein Fall vom Verschwinden von 20 Jugendlichen, die später getötet wurden, bekannt sei. In diesen Fall sei ein Beamter der Nationalpolizei verwickelt, welcher für die Rekrutierung von Polizisten verantwortlich ist.⁵ Zudem wurde das Verschwinden und die spätere Auffindung der Leichen von 23 Jugendlichen im Dep. Risaralda bekannt. Sie wurden als bei Gefechten in den Departements Quindío, Caldas, Antioquia und Santander Getötete registriert.⁶ Und in den letzten beiden Wochen wurden

⁴ <http://www.elespectador.com/noticias/judicial/articulo-los-11-desaparecidos-de-soacha-si-murieron-combates-el-ejercito>

⁵ <http://www.elespectador.com/noticias/judicial/articulo42806-podrian-ser-mas-de-100-los-casos-de-desaparecidos>

⁶ <http://www.semana.com/noticias-conflicto-armado/46-jovenes-desaparecidos-fueron-reportados-como-muertos-combate/115921.aspx>

weitere Fälle in Remedios (Dep. Antioquia), von 22 Fällen in Monteria (Dep. Cordoba) und 11 Fälle in Toluvejo (Dep. Sucre), in Barranquilla und verschiedenen Orten des Dep. Caldas bekannt. In allen diesen Fällen war die Vorgehensweise die gleiche. Die Staatsanwaltschaft hat nun Ermittlungen aufgenommen um abzuklären, ob in diesen Fällen gleich vorgegangen wurde, wie bei den Fällen von Ciudad Bolivar und Soacha.⁷

Der nationale und internationale Skandal und die Verurteilungen wegen der sogenannten „falschen Erfolgsmeldungen“, wobei hunderte von Zivilpersonen festgenommen, zum Verschwinden gebracht und aussergerichtlich hingerichtet und dann als bei Gefechten gefallene Guerilleros hingestellt wurden, hat zu einem Strategiewechsel in der Politik der „demokratischen Sicherheit“ und zu einer Änderung der Taktik der militärischen Kontrolle im Rahmen des internen bewaffneten Konfliktes geführt. Die Armee wurde aufgefordert, die paramilitärischen Gruppen stärker zu bekämpfen. Gleichzeitig wurden jedoch die Kriterien der Erfolgsmessung mittels Dekreten und Weisungen geändert. So wurden die finanziellen Anreize für im Kampf getötete Guerilleros formell aufgehoben. Dies hatte zu den erwähnten „falschen Erfolgsmeldungen“, d.h. der aussergerichtlichen Hinrichtung von hunderten von Zivilpersonen geführt. Durch die neue Doktrin sollen Festnahmen und die Demobilisierung von Mitgliedern der Guerillaorganisationen privilegiert werden.

Der Fall der zum Verschwinden gebrachten und ermordeten Jugendlichen von Soacha und in anderen Regionen des Landes scheint darauf hinzuweisen, dass diese neuen Weisungen von der Armee nicht vollständig befolgt werden. Die Zunahme der Fälle von gewaltsamem Verschwindenlassen, die Wegbringung der Opfer in weit entfernte Gebiete oder die vorgetäuschte Rekrutierung, die Konzentration auf Jugendliche ohne Zukunftsperspektiven in Armen- und Elendsvierteln der wichtigsten Städte des Landes, deren Hinrichtung nur wenige Stunden nach ihrem Verschwindenlassen, das anonyme Begraben als N.N., das Fehlen eines glaubwürdigen und den betroffenen Familien zugänglichen Registers von Personen, die vermeintlich bei Gefechten getötet wurden und die Beschuldigung der Opfer nicht Mitglied von Guerillaorganisationen gewesen zu sein (die ja vermeintlich nach der Weisung festgenommen oder demobilisiert werden sollen), sondern von „neuen kriminellen Banden“ (denn offiziell gibt es keine paramilitärischen Verbände mehr), dies alles zeigt das Weiterbestehen einer systematischen Praxis gewaltsamen Verschwindenlassens mit dem Ziel der aussergerichtlichen Hinrichtung und dies in massiver Weise.

Die Frage ist: Warum werden diese Verbrechen trotz der formellen Verbote des Verteidigungsministeriums in derart alarmierender Weise weiter verübt? Es ist möglich, dass die fehlenden zivilen Kontrollmechanismen über die Armee und die fehlende Überwachung ihres Vorgehens dazu führt, dass dies von Teilen der Armee ausgenutzt wird. Aber es ist auch eine Tatsache, dass die enormen Summen für Entschädigungszahlungen und Sonderausgaben, die den Militärs zur Verfügung stehen, für das Leben, die Grundrechte und die Freiheit der Zivilbevölkerung ein enormes Risiko darstellen. In der Armee hat sich eine Kultur breit gemacht, wo für militärische Erfolge finanzielle Zahlungen erwartet werden.

Das Scheitern der Weisungen, welche die aussergerichtlichen Hinrichtungen stoppen sollten, wird in den Worten des Verteidigungsministers selber deutlich, anerkennt er doch, dass er keine Kontrolle über die Entwicklung von Militäroperationen, noch über die von den Kommandanten gehandhabten Anreize und Begünstigungen hat, selbst wenn diese gegen seine Weisungen handeln. „Es wurde mir gesagt, dass es noch kleine Teile der Armee gibt, wo immer noch Leichen als Resultate verlangt werden“, meinte der Verteidigungsminister vor den Medien. Diese Aussage widerspiegelt die Machtlosigkeit und die fehlende Kontrolle der zivilen Macht, um zu verhindern, dass diese schweren Verbrechen sich weiter im ganzen Land ausbreiten.

Im Bericht an den UNO-Menschenrechtsrat für die kommende allgemeine periodische Prüfung der Menschenrechtssituation Kolumbiens, haben gegen 1200 soziale und Menschenrechtsorganisationen verschiedener Menschenrechts- und Friedensplattformen folgende Anklage gemacht: „In den letzten

⁷ <http://www.elpais.com.co/paisonline/notas/Octubre132008/jud6.html>

fünf Jahren wurde das Ansteigen von aussergerichtlichen Hinrichtungen um 67,1% registriert, wobei für diese Fälle direkt die Streitkräfte verantwortlich gemacht wurden. Diese Zeitspanne stimmt mit der Einführung der Politik der ‚demokratischen Sicherheit‘ überein, welche von der aktuellen Regierung seit ihrer Amtseinsetzung am 7. August 2002 umgesetzt wird. Zwischen Juli 2002 und Dezember 2007 wurden 1‘122 Fälle von aussergerichtlichen Hinrichtungen registriert, für welche direkt die Armee verantwortlich ist. Im Zeitraum zwischen Januar 1997 und Juni 2002 betrug die Zahl der aussergerichtlichen Hinrichtungen 669 Fälle.“

Im Jahr 2008 gehen diese aussergerichtlichen Hinrichtungen unter neuen Modalitäten weiter, wobei vor allem die Täterschaft und Verantwortlichkeiten im Dunkeln bleiben sollen. Die sozialen Organisationen der verschiedenen Länder, die wegen dieser Verbrechen sehr besorgt sind, sollten die Gelegenheit nutzen und ihre Regierungen dazu bringen, in der kommenden allgemeinen periodischen Prüfung Kolumbiens vor dem UNO-Menschenrechtsrat, welche am 10. Dezember 2008 beginnt, entsprechende Fragen zu stellen. Die kolumbianische Regierung soll dazu verpflichtet werden, Massnahmen zu ergreifen, damit niemand mehr in Kolumbien je Opfer derart abscheulicher Verbrechen wird.

2.Chronologie: 15. – 30. September 2008

16. September

Es werden neue Beweise für die Beschlagnahmung des Staates durch Alliierte des Paramilitarismus bekannt. Maria Fernanda Zúñiga, Präsidentin von Fiduagraria (Finanzierungsgesellschaft für landwirtschaftliche Entwicklung; eine der wichtigsten staatlichen Finanzierungshilfen für staatliche und private Gesellschaften; Fiduagraria untersteht dem Landwirtschaftsministerium) sah sich gezwungen, von ihrem Amt zurück zu treten, nachdem in den Medien Berichte erschienen waren, dass gegen sie, ihren Vater, und ihre Onkel Strafuntersuchungen im Gange sind wegen verbrecherischer Verschwörung, Landraub und gewaltsamer Vertreibung von Schwarzengemeinschaften des Curvaradó und Jiguamiandó im Dep. Chocó. Die Beamtin und ihre Familie tauchen in drei privaten Unternehmen auf, gegen die eine Strafuntersuchung wegen des Raubes von 23‘000 Hektar Land welches mittels bewaffnetem Druck und paramilitärischer Gewalt angeeignet wurde. Es handelt sich dabei um die Unternehmen Urapalma S.A., Palmura S.A. und Extractora Bajirá. Alle diese Unternehmen sind in den Ölpalmanbau und die Produktion von Agrodiesel involviert. Die Ölpalmpflanzungen wurden nach Aussagen der ursprünglichen BewohnerInnen mittels Betrug und dem Druck der Paramilitärs weggenommen. Das Landwirtschaftsministerium liess verlauten, es hätte keine Kenntnis von der Beteiligung von Frau Zúñiga in diesen Gesellschaften zum Zeitpunkt ihrer Ernennung gehabt. Maria Fernanda Zúñiga ist als Mitglied der Leitung von Palmura aufgeführt und ihr Vater Antonio Zúñiga Caballero ist rechtlicher Vertreter von Urapalma. In den Untersuchungen wird darauf hingewiesen, dass diese Personen mit Lügen zu Krediten der Landbank kamen.

<http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-15/dimite-presidente-de-fiduagraria-maria-fernanda-zuniga-por-acusaciones-en-contra-de-su-familia-4530176-1>

Den Empfehlungen der Interamerikanischen Menschenrechtskommission Folge leistend, bat die kolumbianische Regierung die Familienangehörigen von 245 Opfern der Massaker von Trujillo im Dep. Valle del Cauca um Verzeihung. „Dies ist Teil einer Vergangenheit, die uns alle beschämt, denn wir müssen zugeben, dass der Staat unfähig war, das Leben jener zu schützen, deren Gedächtnis wir heute feiern“, sagte Vizepräsident Francisco Santos bei der öffentlichen Präsentation des Berichtes „Trujillo, eine Tragödie, die nicht aufhört“. Der Bericht war während mehreren Monaten von der Gruppe für Historische Erinnerung erarbeitet worden. Die Familienangehörigen hatten darum gebeten, dass den Tätern kein Status von Helden zukomme, sind sie doch für Hunderte von Verbrechen verantwortlich. Die Gruppe für Historische Erinnerung dokumentiert und führt detailliert 245 Fälle auf. Die Vereinigung der Familienangehörigen der Opfer von Trujillo AFAVIT führt 342 Opfer von Massakern auf, welche zwischen 1986-1994 in Trujillo verübt wurden. Mehr als 13 Jahre nach diesen Massakern ist die Straflosigkeit immer noch absolut: Kein einziger Paramilitär, Polizist oder Drogenhändler, welche an den Massakern beteiligt waren, wurde bestraft.

<http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-16/gobierno-pide-perdon-a-familiares-de-245-victimas-de-masacres-en-trujillo-4533226-1>

17. September

Rubén Darío Agudelo, Politiker des Dep. Valle del Cauca, wird aufgrund seiner möglichen Verwicklung in das Massaker von Trujillo im Jahr 1990, als bei einem paramilitärischen Überfall 107 Personen ermordet wurden, verhaftet. Wegen des gleichen Massakers laufen Ermittlungen gegen den Major der Armee Alirio Urueña, welcher kürzlich inhaftiert wurde; Diego Montoya und Henry Loaiza, alias El Alacrán (Skorpion), führende Köpfe des Kartells Norte del Valle. Zwischen 1988 – 1994 wurden 342 Personen in Trujillo gefoltert und ermordet. Dies war das Resultat einer Strategie zur Konfrontation der ELN-Guerilla in dieser Region, wie die Gruppe für Historische Erinnerung schreibt. Zwei Drogenbarone, Diego Montoya Loaiza, alias Don Diego, und Henry Loaiza, alias El Alacrán, verbündeten sich mit den Sicherheitskräften und lösten eine Welle des Terrors aus, wozu unbeschreibliche Folterungen gehörten. Die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen der Verantwortlichen dieser Strategie des Todes haben weiterhin eine enorme Macht in der Region. Rubén Darío Agudelo ist der Ehemann der aktuellen Bürgermeisterin von Trujillo, Gloria Amparo Espinosa.

<http://www.elespectador.com/noticias/judicial/articulo-capturan-ruben-dario-agudelo-presunto-responsable-masacre-de-trujillo>

18. September

Präsident Uribe reist nach Washington, um einen letzten Versuch zu machen, ein günstiges Klima für die Unterzeichnung des bilateralen Freihandelsabkommens TLC zu erreichen und um an der Generalversammlung der UNO zu sprechen. Er sagte in seiner Rede vor der UNO die Politik der demokratischen Sicherheit habe zum Wohlstand der Bevölkerung, zur Stärkung der Demokratie, zu grossen sozialen Erfolgen und zur Überwindung der Straflosigkeit geführt. Doch im Gegensatz zu diesen Aussagen wurden in Kolumbien die Arbeitskonflikte, welche die Justiz aufgrund eines Streiks der Justizbeamten und die Produktion von Ethanol aus Zuckerrohr aufgrund eines Streiks der Zuckerrohrarbeiter lahmlegten, von den staatlichen Sicherheitskräften gewaltsam und mit Repression konfrontiert und die aussergerichtlichen Hinrichtungen von Jugendlichen marginalisierter Schichten in verschiedenen Regionen des Landes durch die Armee zeigten, dass die Politik der „demokratischen Sicherheit“ nicht den ausgegrenzten Mehrheiten dient. Präsident Uribe musste sich auch mit der Leitung der Zeitung Washington Post treffen, um die Haltung von General Mario Montoya, Generalkommandant der Armee, zu verteidigen. Montoya wurde in einem Artikel der Washington Post wegen seiner vermeintlichen Verbindungen zu Paramilitärs hinterfragt, welche auf die Aussagen eines Ex-Paramilitärs Luis Adrian Palacio, alias Diomedes, abgestützt waren. Luis Adrian Palacios hatte gesagt, dass der heutige Generalkommandant der Armee alias Rodrigo 00 im Jahr 2002 Waffen geliefert habe, um die Guerillamilizen aus den Armenvierteln von Medellín zu vertreiben. US-Präsidentschaftskandidat Barak Obama sagte gegenüber Uribe, dass die fehlenden Garantien zur Überwindung der Arbeitskonflikte und die Zunahme der Angriffe auf Gewerkschafter für ihn Grund seien, unter seiner Regierung das TLC nicht zu unterzeichnen.

http://semana.com/wf_InfoArticulo.aspx?idArt=115586

24. September

Der paramilitärische Chef Ever Veloza, alias HH, klagte im Rahmen einer gerichtlichen Anhörung an, dass er Druckversuchen von Seiten des Pressesekretärs der Regierung, César Mauricio Velásquez, und des Anwalts Oscar Iván Palacio, einem ehemaligen Mitarbeiter von Präsident Uribe, als dieser Gouverneur des Dep. Antioquia war, ausgesetzt war. Es sei auf ihn Druck ausgeübt worden, in seinen Geständnissen weder den Namen des Ex-Botschafters der Dominikanischen Republik, Juan José Chau, und von General Rito Alejo del Río zu nennen.

http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-24/desmovilizado-hh-denuncia-presiones-para-no-declarar-contra-juan-jose-chaux-y-rito-alejo-del-rio_4558450-1

25. September

In seiner ersten virtuellen Anhörung in Washington, gab der an die USA ausgelieferte Chef der Paramilitärs, Salvatore Mancuso, zu, dass die Paramilitärs „Einfluss auf die Präsidentschaftswahlen hatten“. Er präziserte jedoch nicht, ob er sich damit auf die Wahlen von 2002 bezog, als Präsident Uribe erstmals gewählt wurde, oder auf die Wahlen von 2006, als er wiedergewählt wurde. Mancuso wies auch darauf hin, dass keiner der unterzeichnenden Politiker des Paktes von Ralito (Allianz zwischen Politikern und Paramilitärs zur Vereinnahmung des Staates und der „Neugründung der Nation“) zur Unterschrift gezwungen wurde. Alle seien freiwillig gekommen. Er involvierte wiederum General Rito Alejo del Río und meinte, dieser habe direkt die politischen Ambitionen der Kongressabgeordneten Miguel Alfonso de la Espriella und von Eleonara Piñeda für die Sitze im Senat und Kongress im Jahr 2002 unterstützt. Ohne genau zu sagen, wen er damit meinte, sagte Mancuso:

„Wenn wir nicht die ganze Wahrheit sagen, werden die tatsächlich Schuldigen des Konfliktes die Guerilla und die Paramilitärs als die Schuldigen hinstellen.“

<http://www.elespectador.com/noticias/judicial/articulo-incidimos-elecciones-presidenciales-mancuso>

Während die Friedensorganisation der Frauen – Ruta Pacifica de las Mujeres – in Bogotá das Buch „Die Gewalt gegen die Frauen in einer Kriegsgesellschaft“ vorstellten, wurde in Medellín eine Führungsfrau der Ruta Pacifica zusammen mit ihrem Sohn, ihrer Schwiegermutter und ihrem fünfjährigen Enkel ermordet. Olga Marina Vergara, Menschen- und Frauenrechtsverteidigerin in den nordöstlichen Vierteln von Medellín, wurde zusammen mit ihren Familienangehörigen von bezahlten Killern ermordet. Diese waren in ihre Wohnung eingedrungen und benutzten Waffen mit Schalldämpfern. Eine Woche zuvor hatte der Regierungsvertreter vor dem UNO-Menschenrechtsrat gesagt, die MenschenrechtsverteidigerInnen sollten die Regierung als ihren grossen Verbündeten betrachten. Doch die Garantien für die MenschenrechtsaktivistInnen und die Ausübung ihrer Arbeit werden immer schlechter und die Angriffe und Drohungen haben zugenommen und sind alle straflos.

http://www.canalcaracol.com/nota_interna.aspx?hid_id=45089

In Medellín wird León Valencia Cossio, der Bruder des Justizministers, verhaftet. Gegen ihn laufen Ermittlungen wegen vermeintlicher Verbindungen zum Chef der paramilitärischen Gruppe Aguilas Negras, Daniel Rendón Herrera, alias Don Mario. Obwohl León Valencia Cossio zuerst Hausarrest statt Gefängnis gewährt wurde, führte die Entrüstung verschiedener Kreise aufgrund der Schwere der vorgeworfenen Delikte dazu, dass er im Hochsicherheitsgefängnis von Itagüi inhaftiert wurde.

http://www.eltiempo.com/colombia/justicia/2008-09-25/capturado-hugo-albeiro-quintero-propietario-de-bellanita-de-transportes-por-vinculos-con-paras_4565694-1

Innen- und Justizminister Fabio Valencia Cossio rief die 42'000 Justizbeamten dazu auf, ihren Streik zu beenden. Die Justizbeamten befinden sich seit dem 3. September 2008 im Streik und verlangen, dass das Gesetz zum Lohnausgleich erfüllt wird. Gleichzeitig kündigte Valencia Cossio an, dass die Armee die Kontrolle über die Gerichte übernehmen werde, um so zu verhindern, dass der Streik der Justizbeamten die Ausübung der Justiz behindere.

<http://www.caracol.com.co/nota.aspx?id=677994>

27. September

Präsident Uribe beschuldigt öffentlich die Zuckerrohrschneider für die Produktion von Ethanol, welche seit dem 15. September streiken, um für ihre Arbeitsrechte zu kämpfen, dem Druck der FARC zu gehorchen. Die FARC stehe hinter dem Streik und sei auch dafür verantwortlich, dass der Streik weitergehe. Die Regierung hat stets jegliche Mobilisierung oder Forderung von Sektoren der Landarbeiter als von der FARC gefördert oder infiltriert bezichtigt. Die gleichen Anschuldigungen waren kürzlich gegen die Kokabauern im Unterlauf des Cauca-Flusses gemacht worden und gegen die Mobilisierungen der Indigenen für ihr Recht auf Land im Dep. Cauca.

http://www.eltiempo.com/colombia/politica/2008-09-27/farc-presionaron-a-cortadores-de-cana-para-iniciar-huelga-desde-el-pasado-15-de-septiembre-uribe_4570525-1

28. September

Raul Mendoza, indigener Gouverneur des Cabildos Peñon in der Gemeinde Sotará, ehemaliger Berater des Regionalen Indigenenrates des Cauca CRIC und Ex-Präsident der Vereinigung der Cabildos von Tierradentro, wurde in seinem Haus im Stadtteil Solidaridad in Popayán ermordet. Der Gouverneur führte einen wichtigen Prozess zur Befreiung der Mutter Erde auf dem Landgut Los Naranjos in der Gemeinde Sotará an. Die indigene Gemeinschaft der Nasa, welche durch die Schlammlawine von Tierradentro im Jahr 1994 vertrieben worden war, erhebt Anspruch auf dieses Landgut.

<http://www.cric-colombia.org/noticias/index.php?show=2&catid=1>

30. September

Die Banken geben bekannt, dass das Finanzsystem in den ersten acht Monaten von 2008 Gewinne von 8,6 Billionen Pesos erwirtschaftet habe. Diese enormen Gewinne, praktisch gleich hoch wie die Aufwendungen der Regierung für die Bildung, sind um 60% höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Es ist eine Rekordzahl, welche gleichzeitig erwirtschaftet wurde, als sich das Wirtschaftswachstum verlangsamte, die Arbeitslosigkeit zunahm und die Verteuerung der Lebensmittel, öffentlichen Dienstleistungen und Treibstoffen zur Verarmung breiter Kreise geführt hat und die Opfer der Wirtschaftspolitik der aktuellen Regierung zur Verzweiflung bringt.

<http://noticias.terra.com/articulo/html/act1441959.htm>